Auszug aus der 42. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 31. August 2020

Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1708 -

➢ **Geänderter Antrag vom 20. August 2020**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Anlauf- und Beratungsstelle für **Vielfalt und Chancengleichheit** zu entwickeln und im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen.

Diese Stelle soll auch gemäß den Merkmalen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) Diskriminierung entgegenwirken. Darüber hinaus soll das Aufgabenspektrum der Stelle im Sinne des Empowerments für eine gerechte, vielfältige und offene Stadtgesellschaft weiterentwickelt werden. Um Parallel-Prozesse zu vermeiden, sollte ein entsprechendes Konzept im Kontext des Beschlusses 101.18.1691 „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" vom 29.06.2020 und des skizzierten Aktionsplans erarbeitet werden. Die Berücksichtigung von mehreren Dimensionen von Benachteiligungen ist ein Anspruch der Charta.

Die Anlauf- und Beratungsstelle orientiert sich weitestgehend an den Standards für eine qualifizierte Antidiskriminierungsberatung des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten, WfK
Ablehnung: AfD
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion vom 20. August 2020 betr. Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie, 101.18.1708, wird **zugestimmt.**

➢ **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie zu entwickeln und im Ausschuss Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen. **Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hessen und des Hessischen Landeskriminalamtes (HLKA) in die betreffende Ausschusssitzung einzuladen, welche die Ausschussvertreter der Fraktionen über Erscheinungsformen des politischen und religiösen Extremismus in Kassel aufklären sollen.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten, WfK
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion betr. Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie, 101.18.1708, wird **abgelehnt.**

---

gez. Volker Zeidler
Stadtverordnetenvorsteher

Nicole Eglin
Schriftführerin